

Inhalt:

100 Tage Regieren – Was haben wir erreicht?	Seite 1
Kreisdelegiertenversammlung: SPD- / FDP-Koalitionsvertrag beschlossen	Seite 3
Jusos Barmbek-Dulsberg Was ist jetzt, ARCANDOR?!	Seite 4
Interview mit Helmut Schmidt	Seite 5
Vorstand und Impressum	Seite 6
Termine unseres Distriktes	Seite 6

Liebe Genossinnen und Genossen,

jetzt steht in Hamburg die politische Sommerpause vor der Tür – für uns Zeit etwas durchzuatmen und die ersten 100 Tage unserer Regierungszeit Revue passieren zu lassen. Ein wenig Ruhe ist nach dem Trubel der letzten Wochen wohl auch gar nicht schlecht.

In der Bundespolitik ist dies ganz gewiss noch nicht der Fall. Kaum ist nun auch von Schwarz-Gelb endlich das Aus der Kernenergie in Deutschland besiegelt worden, wird schon das nächste Thema hervorgeholt: es ist mal wieder der alte Hut der Steuersenkung. Und dass auch noch der bekannte Professor aus Heidelberg dabei eine entscheidende Rolle spielt, lässt nicht Gutes erahnen. Nichtsdestoweniger trommeln allen voran die Springer-Blätter Bild und Welt für die Neuauflage der Kirchhof'schen Steuerreform. Sie scheinen endlich ein Thema zur Ehrenrettung der CDU - und vor allem deren Koalitionspartnerin FDP - gefunden zu haben. Dass die im Grundsatz ungerechten Steuerpläne eigentlich kaum eine Chance auf Verwirklichung haben, interessiert dabei offensichtlich nicht.

Doch nun noch einmal zurück nach Hamburg in unseren Bezirk. Hier haben sich SPD und FDP auf eine Koalition geeinigt. Die Arbeit in der Bezirksversammlung kann nun endlich richtig Fahrt aufnehmen. Dabei sind unsere Bezirksabgeordneten an vielen Stellen gefragt. Dies

wurde auch noch einmal auf unserer Sitzung im Juni deutlich, auf der Wolfgang Kopitzsch mit uns den kommunalpolitischen Handlungsfelder der nächsten Zeit diskutierte. Das leidige Thema Hertie am Barmbeker Bahnhof spielt dabei natürlich eine wichtige Rolle. Aber auch z.B. der Wohnungsbau wird uns demnächst vor große Herausforderungen stellen.

Nun wünsche ich Euch aber erst einmal eine schöne Ferienzeit und hoffe viele von Euch spätestens auf unserem Sommerfest am 21. August auf dem Biedermannplatz zu treffen.

Mit solidarischen Grüßen,



Axel Andersson

100 Tage Regieren – Was haben wir erreicht?

Am 22.06. wurde der Haushalt 2011/2012 in die Bürgerschaft eingebracht. Korrigiert um Luftbuchungen der schwarz-grünen Vorgängerregierung und ergänzt um unsere zentralen Wahlkampfversprechen. Die Überarbeitung geht weiter, zuerst in den Fachausschüssen und dann nach den Sommerferien in zwei Lesungen im Haushaltsausschuss. Wir setzen Akzente und haben gleichzeitig schon den Haushalt 2013/2014 im Hinterkopf, wo Bearbeitung und Beratungen bereits wieder im nächsten Jahr stattfinden.

Ich möchte an dieser Stelle einige Punkte herausgreifen, diejenigen, die mir besonders wichtig sind und aber auch diejenigen, die als besonders kritisch gesehen werden.

Mit dem vorgelegten Haushalt zeigen wir, dass wir verstanden haben, was den Menschen besonders wichtig ist, sie aber zum größten Teil gar nicht mehr erwarten: Verlässlichkeit in der Politik. Das dringend erforderliche Wohnungsbauprogramm wird „Mit dem Vertrag für Hamburg“ zwischen Senat und Bezirken auf den Weg gebracht, die Kita-Gebührenerhöhung wird zurückgenommen und die Studiengebühren werden zum Wintersemester 2012/2013 abgeschafft.

Die Rücknahme der schwarzgrünen Kita-Gebühren-Erhöhung insbesondere bei Kindern mit Behinderungen, die Abschaffung des Essensgeldes und die Ausweitung der Betreuungsansprüche auf Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr finden alle im Haushalt der BASFI (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration) statt. Gleichzeitig haben wir in dem Behördenhaushalt eine realistische Veranschlagung von gesetzlichen Leistungen besonders im Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE) vorgenommen, was eine deutliche Ausweisung der Haushaltstitel nach oben bedeutete. Dies zeigt mir als sozialpolitischer Sprecherin wie eng unsere Spielräume besonders in diesem Feld sind.

Im Wahlkampf haben wir uns hinter einen strengen Konsolidierungskurs gestellt. 2020 muss das im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenverbot – die sogenannte „Schuldenbremse“ – eingehalten werden. Das bedeutet, dass der Hamburger Haushalt bis dahin ausgeglichen werden muss und wir für laufende Kosten keine Kredite mehr aufnehmen dürfen. Für die kommenden Jahre sind vorhergesagte Steuer-Mehreinnahmen zu erwarten. Im ersten Moment ein schöner Geldregen, im zweiten Moment dann wieder zum Stopfen von schwarz-grünen Haushaltslöchern einsetzbar: es muss ein 200-Millionen-Euro-Wohnungsbaudarlehen beim Bund getilgt werden und es fehlen 710 Millionen Euro im Hamburgischen Versorgungsfonds (HGV). Letzteres ist ein Restant aus der Rettung der HSH-Nordbank, die uns der CDU-geführte Senat immer als „haushaltsneutral“ verkaufen wollte.

Die Haushaltskonsolidierung wird ein Kraftakt und es werden sich alle daran beteiligen müssen!

Und trotzdem kann ich den Unmut vieler – besonders an der Uni – verstehen. Und es zeigt

mir auch wie sensibel die Kommunikation rund um die 0,88% Steigerungsrate pro Jahr, die Olaf Scholz und Finanzsenator Peter Tschentscher ausgegeben haben, geführt werden muss.

Die Debatten und Proteste um die Hochschulfinanzierung zeigen, welch wichtiges Thema die Bildungsgerechtigkeit in der Stadt ist. Allerdings wird die Diskussion auf einer sehr hitzigen Ebene geführt – gerade auch beim Universitätspräsidenten Lenzen. Die Belange der Studierenden und der Hochschulen sind aber zu wichtig, als dass sie emotional und unsachlich geführt und damit Lösungsansätze nicht ergriffen werden können. Ich kann die Forderungen verstehen, mehr Mittel für die Hochschulen zur Verfügung zu stellen, sehe allerdings eine Schieflage, wenn die massiven Investitionen (über 800 Millionen Euro) in die Bausubstanz der Universitäten dabei mit keiner Silbe erwähnt werden. Wir werden die Studiengebühren abschaffen und voll kompensieren – eine Tatsache die in der Debatte auch nicht bzw. kaum vorkommt. Für mich ist die Abschaffung der Studiengebühren ein klares Zeichen für mehr Bildungsgerechtigkeit! Und auch die Tarifsteigerungen der Gehälter werden nicht aus dem Wissenschaftsetat finanziert, sondern vom Gesamthaushalt getragen. Das sind nicht die Forderungen, die im Raume stehen, sie gehören aber zu einer sachlich geführten Debatte dazu. Ein wirkliches Ärgernis sind aus meiner Sicht die Kürzungen beim Studierendenwerk. Ich werde mich in den Haushaltsberatungen dafür einsetzen, dass wir an dieser Stelle nachsteuern.

In den ersten 100 Tagen ist viel passiert und vieles angeschoben worden, teilweise medial sehr positiv (z.B. entschlossenes Handeln in der EHEC-Krise), teilweise sehr kritisch (Wissenschaftshaushalt) begleitet.

Eine Regierung in Zeiten knapper Kassen ist kein Leichtes – lassen wir uns auf viele konstruktive Diskussionen ein, wie wir unsere Stadt gestalten und nicht nur verwalten wollen.



Ksenija Bekkeris

Kreisdelegiertenversammlung beschließt SPD- / FDP-Koalitionsvertrag

SPD und FDP koalieren in Hamburg-Nord. Wie passt das zusammen? Sozialdemokratie und Liberalismus? Wie wird diese Liaison in der Öffentlichkeit aufgenommen werden? Hamburg-Nord als erster und einziger Bezirk mit einer rot-gelben Koalition.

Fragen dieser Art wurden in den letzten Wochen häufig gestellt, nachdem klar war, dass wir entsprechende Verhandlungen mit der FDP aufnahmen.

Die Antwort hierzu lautet: Es geht um die Politik im Bezirk-Nord, nicht um eine Zusammenarbeit auf Bundes- oder Landesebene. Es geht um die Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik zur zukünftigen Gestaltung des Bezirks.

Die vorher durchgeführten interfraktionellen Gespräche hatten zu dem Ergebnis geführt, dass es mit der FDP die meisten kommunalpolitischen Gemeinsamkeiten gibt – mehr als mit der GAL oder DIE LINKE.

Inzwischen wurde von der Verhandlungskommission aus Kreis- und Fraktionsvorstand mit der FDP der Entwurf des Koalitionsvertrages ausgehandelt. Am 07. Juni beriet sodann die Kreisdelegiertenversammlung hierüber und stimmte dem Entwurf schließlich zu.

Zentrales Thema dieser Vereinbarung ist der Wohnungsbau. Dabei kommt der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen unterschiedlicher Größe und Ausstattung höchste Priorität zu. Hierfür müssen schnellstmöglich geeignete Flächen aktiviert werden. Um die Baukosten zu begrenzen, soll anstelle des bisherigen Passivhausstandards zukünftig die Energieeinsparverordnung 2009 (EnEv 2009) als Maßstab dienen.

Weitere Schwerpunkte des Vertrages sind die Themen Verkehrspolitik, Umwelt- und Naturschutz, Kultur, Kinder und Jugendliche, Sport und Freizeit.

In der Aussprache über den Koalitionsvertrag, die sehr lebhaft verlief, wurde überraschend viel Kritik geäußert – mehr als manch einer erwartet hatte.

Kritisiert wurde das Vorhaben, bei Bürgerentscheiden – analog zu den Volksentscheiden auf Landesebene – ein Quorum einzuführen (Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen und mindestens die Stimmen eines Fünftels der Wahlberechtigten). Bislang entscheidet hier die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Hier hätte – so die Kritik – zunächst eine gemeinsame Position aller Bezirke erarbeitet werden müssen.

Kritisiert wurde außerdem, dass eine Reihe unserer Themen, für die wir als SPD in der Kommunalpolitik seit Jahren eintreten, im Koalitionsvertrag nicht enthalten sei. Hierzu zählen die Seniorenpolitik, die Integrationspolitik und bestimmte Vorhaben in der Verkehrspolitik (Ausweitung der Tempo 30 – Zonen). Wie steht unser Koalitionspartner zu diesen Themen? Es wäre notwendig gewesen, zu unserer eigenen Klarheit mehr hierüber zu wissen.

Letzteres wird nun ein Feld sein, das in der Praxis die Bezirksfraktion und die Ausschussfraktionen bearbeiten müssen, um bei den jeweiligen Themen zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen: Alle Anträge, Anfragen und Initiativen – so die Vereinbarung – müssen zunächst unter den Koalitionspartnern abgestimmt werden, bevor sie zur Beratung eingebracht werden.

In der Zusammenfassung der Beratungen nahm Peter Tschentscher noch einmal zu einzelnen Punkten des Koalitionsvertrages und der Kritik hieran Stellung. Er stellte dabei klar, dass neben dem Vertrag weiterhin unser Bezirkswahlprogramm gilt. Es bleibt die Grundlage unserer Politik.

In der Abstimmung stimmte die große Mehrheit schließlich dem Vertrag zu – bei lediglich zwei Neinstimmen und einigen wenigen Enthaltungen. Damit sind die Weichen für eine gemeinsame SPD- / FDP – Politik in Hamburg – Nord gestellt.



Neithard Genz

Jusos Barmbek-Dulsberg – Was ist jetzt, ARCANDOR?!



Seit 2009 steht das ehemalige Hertie-Gebäude am Barmbeker Bahnhof leer. Der Zustand des grauen Klotzes in exponierter Lage war Anlass für BürgerInnen eine Initiative zu gründen, die sich des Problems annimmt. „Was wird aus dem Hertie Haus – Stoppt die Verwahrlosung“ hat sich Initiative mit eindeutiger Handlungsaufgabe genannt. Die BürgerInnen ärgert der Zustand des Gebäudes und die sich daraus ergebene negative Strahlungswirkung für die umliegenden Geschäfte. Am 26.5.11 riefen die Initiatoren zur Demonstration rund um den „Schandfleck“ auf.

Die Jusos Barmbek-Dulsberg haben sich schon frühzeitig in die Diskussion eingeschaltet und hatten wir mit den beiden Jusos Phillip Schmidt und Marcel Ben Merabet regelmäßig Kontakt zu der Bürgerinitiative.

Der anfängliche Zorn gegen Verwaltung und „die Politiker“ konnte auch durch die Präsenz unserer beiden Vertreter zunehmend auf die Eigentümer des Gebäudes gelenkt werden.

Diese Bewegung wollten wir verstärken und unterstützen. Nach angeregten Diskussionen in der Jusogruppe führte dies zu dem Flyer mit dem wir Barmbek-Dulsberger zu einer Unterschriftenaktion „Was ist jetzt, ARCANDOR?!“ aufriefen.

Dabei ist die Eigentumslage mehr als unklar. Anscheinend sind mehrere Eigentümerinnen im Grundbuch eingetragen. Zudem ist ein Rechtsstreit anhängig, der die Eigentumsfrage wohl erst schrittweise einer Klärung zuführen kann. Eine der Eigentümerinnen ist die insolvente „KARSTADT-Immobilien GmbH & Co KG“. Die wiederum eine Tochtergesellschaft der

ebenfalls insolventen ARCANDOR AG ist. Da Entscheidungen vornehmlich im Mutterkonzern getroffen werden, haben wir entschieden uns ohne Umwege direkt an den Mutterkonzern ARCANDOR zu wenden. Hier können die Forderungen der Bürgerinitiative bestmöglich umgesetzt werden. Der wichtigsten Forderung ist schnell und einfach nachzukommen: Gespräche zwischen den Verantwortlichen und den interessierten Bürgern und der Politik wären ein richtiger und zielführender Ansatz. Darüber hinaus fordern die Jusos Barmbek-Dulsberg gemeinsam mit der Initiative folgende Punkte:

- Ansprechpartner die ARCANDOR AG für die Bürgerinitiative und Politik zur gemeinsamen Planung der Zwischenzeit bis zur endgültigen Klärung der Eigentumsverhältnisse
- Veranstaltung mit Repräsentanten der ARCANDOR AG zur Information der Bürgerinnen und Bürger
- Offenlegung der Planung für das Gebäude
- Angemessene Beleuchtung des Gebäudes
- Nutzung der Schaufenster für künstlerische Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität der Fuhsbüttler Straße
- Säubern der Schaufenster oder Erlaubnis zur Säuberung der Fenster

Nach dem immensen Ansturm auf die Unterschriftenaktion, ist eines klar: ARCANDOR ist am Zug! Wir werden die Flyer in Kürze an die Verantwortlichen versenden und uns weiter in den Prozess rund um das Hertie-Gebäude einschalten.



Interview mit Helmut Schmidt

Die Projektgruppe des Distrikts Barmbek-Mitte „Geschichte der SPD in Barmbek“ hat am 09.12.2010 ein Interview mit Helmut Schmidt als Zeitzeugen geführt. Das Interview führten Dr. Carsten Maßmann (Leiter der Projektgruppe), Barbara Israel, und Andrea Rolle. In dieser und den nächsten Ausgaben des Barmbeker Kurses veröffentlichten wir Auszüge aus dem Interview.

Carsten Maßmann: Lieber Herr Schmidt, wir haben in der Festschrift „50 Jahre SPD in Hamburg-Nord“ gelesen, dass die SPD damals nur Wahlchancen mit Kandidaten gehabt habe, die auch im bürgerlichen Lager ankamen.

Helmut Schmidt: Wenn jemand das so geschrieben hat, dann ist das ist reiner Quatsch. Es ist ziemlich gleichgültig gewesen zu jener Zeit, wer in welchem Stadtteil aufgestellt war. Wir reden jetzt von den Jahren 1949/50.

Der erste Bürgerschaftswahlkampf, an dem ich mich beteiligt habe als Plakat-Kleber und Plakatemaler, war 1946 zur Zeit der Alliierten-Besatzung von Hamburg. Es kam auf die Kandidaten in Wirklichkeit überhaupt nicht an. Es kam auf die Spitzenkandidaten an, Schluss. Das war zu der Zeit (1946) Max Brauer, und 1953 war es wieder Max Brauer, da war das allerdings keine Bürgerschaftswahl, sondern eine Bundestagswahl.

Spitzenkandidat war bis 1952 Kurt Schumacher. An seine Stelle trat Erich Ollenhauer, eine für die Bürger der Stadt Hamburg ziemlich unbekannt GröÙe. Und wen man dann als Bürgerschaftskandidaten aufstellt, war ziemlich gleichgültig. Sie konnten auch eine Bierflasche aufstellen und Müller drauf schreiben: wäre auch gewählt worden oder nicht. Das hing erstens davon ab, wie die Bevölkerung des Wahlkreises zusammengesetzt war und zweitens von der Art und Weise, wie die Mehrzahl der Medien die Spitzenkandidaten und das politische Klima insgesamt in der Stadt - nicht im Stadtteil – bestimmt haben.

Lokale Kandidaten, ich nehme an, das war 1950/53, spielten möglicherweise für den Bundestag eine Rolle. Bundestagskandidaten waren damals Wehner, Kalbitzer, Peter Blachstein, Schmidt. Ich weiß nicht, wer sonst noch. Nicht wegen ihrer Verankerung in den jeweiligen Stadtteilen, sondern weil sie in der Presse vorgekommen waren. Fernsehen gab es nicht, und Radio hörten die wenigsten Leute.

Das war eine ganz andere Welt als die heute. Wehner war mehrfach als Redakteur des Hamburger Echos vorgekommen, das war die SPD-Zeitung aus alten Zeiten. Deswegen war er etwas bekannt. Weniger, aber doch etwas bekannt waren Kalbitzer

und Blachstein, Schmidt kaum. Sie hätten statt Schmidt auch Fritz Müller aufstellen können oder Fritz Meier. Der wäre genauso weit gekommen oder genauso wenig gewählt worden wie ich. Die Vorstellung, dass der Kandidat in jener Zeit eine Rolle gespielt hat, die ist nur ausnahmsweise richtig. Wenn sie einen Mann aufgestellt hatten wie Kurt Schumacher, wenn er noch gelebt hätte, das wäre Etwas gewesen. Das hätte Etwas gebracht - ansonsten hat der Kandidat nichts gebracht.

Barbara Israel: Freunde haben mich gebeten, Sie zu fragen, ob Sie wirklich gesagt haben, wer Visionen hat, solle zum Arzt gehen und, wenn ja, was haben Sie damit gemeint?

Helmut Schmidt:

Das habe ich tatsächlich irgendwann einmal gesagt. Ich muss lange nachdenken und weiß nicht, ob mir ein-

fällt, bei welcher Gelegenheit. Ich glaube, es hat im Laufe eines Interviews irgendein Journalist – ein ziemlich dummer Journalist wahrscheinlich - mich gefragt: „Was sind Ihre Visionen?“ Und die Antwort war, wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen. Das haben dann 1.000 Journalisten voneinander abgeschrieben. So ist das Wort in die Welt gekommen. Man kann es nicht mehr tilgen. Ich habe es auch nie abgestritten.

Ich bin auch heute nicht der Meinung, dass das Wort Vision geeignet ist, so wie es in der deutschen Sprache vieldeutig verwendet wird. Es gibt jemanden, der in der Wüste halb verhungert und halb verdurstet und halb verzweifelt, plötzlich Visionen hat. Früher hieß so etwas eine Fatamorgana, das ist eine Vision.

Es gibt die andere Bedeutung der Vision: Zukunftsvorstellung.

Es gibt die dritte Bedeutung in einer Vision im Deutschen: Utopie, d. h., etwas, was es nie geben wird, nirgendwo! Utopie heißt auf deutsch Nirgendwo. Deswegen ist das Wort ein schlecht zu brauchendes Wort.

Andererseits gibt es eine Reihe von Sozis, die Willy Brandt unterstellt haben, er sei ein Visionär gewesen, und deswegen ist es in deren Augen etwas Positives. Und in deren Augen ist die Äußerung von dem Schmidt, wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen, eine Verletzung der Idealvorstellung.

- Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe-



Der Vorstand:

Dr. Axel Andersson (299 16 20 / 0172 210 43 76)

Vorsitzender

Ksenija Bekeris (69 45 41 87)

Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Carsten Maßmann (738 66 53)

Schatzmeister

Beisitzende

Neithard Genz

Schriftführer

Nina Behlert

Söhnke Greite

Funda Gür

Helga Kniffka

Stephan Marauska

Jan Schulze

Jenny Sobotta

Ralf Teuchert

Impressum:

Layout: Axel Andersson

Redaktion: Axel Andersson, Ksenija Bekeris

Auflage: 150 Stück (Post & Email)

V.i.S.d.P.: SPD Barmbek-Mitte, Am Hasenberge 44, 22337 Hamburg

Wichtiger Hinweis: Nicht jeder Artikel gibt unbedingt die Meinung des Vorstandes bzw. der Redaktion wider. Kürzungen bzw. Nichtveröffentlichung behält sich die Redaktion vor. Leserbriefe sind ausdrücklich erwünscht! Beiträge ohne Namensnennungen werden grundsätzlich nicht veröffentlicht!

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
10. August 2011!

Beiträge bitte an:

Axel Andersson (axel@echt-rot.de)

Für Spenden an den Distrikt Barmbek-Mitte

Bankleitzahl: 200 505 50 (Haspa)

Konto-Nr.: 1240/125300

Im Internet: www.spd-barmbek-mitte.de

Termine im Juli / August 2011

Weitere aktuelle Termine der Jusogruppe erfahrt ihr im Internet: www.echt-rot.de

05. Juli 2011, 19.30 Uhr

Mitgliederversammlung

Politischer Stammtisch in der Zinnschmelze

09. Juli 2011, 11-13 Uhr

Infostand unseres Distriktes an der U-Bahn Dehnhaide

19. Juli 2011, 19.30 Uhr

Distriktsvorstandssitzung im Barmbek°Basch, Wohldorfer Straße

02. August 2011, 19.30 Uhr

Distriktsvorstandssitzung im Barmbek°Basch, Wohldorfer Straße

08. August 2011

Sommertour von Andreas Dressel in unserem Wahlkreis (15-17 Uhr in der Bascherie im Barmbek°Basch, Wohldorfer Straße)

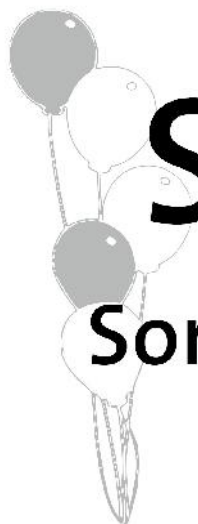
20. August 2011, 11-13 Uhr

Infostand unseres Distriktes an der U-Bahn Dehnhaide

21. August 2011, 14-18 Uhr

Sommerfest auf dem Biedermannplatz

Die Projektgruppe "Geschichte der SPD Barmbek" des Distrikts Barmbek-Mitte hat folgende Termine für weitere Arbeitstreffen (jeweils 19 Uhr) vereinbart: 20.07, 17.08, 07.09, 19.10, 16.11. Der genaue Ort des Treffens kann bei Carsten Maßmann (Tel. 040 / 738 66 53) erfragt werden.



Sommerfest

Sonntag, 21. August 14-18 Uhr
Biedermannplatz

